

20. September 2012

**Rede von Brigitte Zypries, MdB  
bei der Nominierungskonferenz  
20. September 2012 in Ober-Ramstadt**

***Es gilt das gesprochene Wort!***

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

seit der Wahl 2005 bin ich Abgeordnete des Deutschen Bundestages und damit Eure Bundestagsabgeordnete! Ich bin das sehr gerne. Heute bewerbe ich mich erneut bei Euch um die Nominierung als Kandidatin im Wahlkreis 186 für die Bundestagswahl 2013.

In meiner ersten Legislaturperiode war ich Bundesministerin der Justiz in der Großen Koalition – jetzt, in meiner 2. Legislatur, sind wir Sozialdemokraten in der Opposition. Das Ergebnis der Bundestagswahl 2009 war mit bundesweit 23% niederschmetternd und ernüchternd. Im Wahlkreis haben wir mit 25,1% der Zweitstimmen etwas besser abgeschnitten. Meine Erststimmen lagen bei 35%. Ich sage es ganz offen. Es hat gut getan, den Wahlkreis wieder direkt zu gewinnen, wenn auch nur mit wenigen Stimmen Vorsprung. Mein Ziel ist es, diesen Wahlkreis auch diesmal wieder für die SPD direkt zu gewinnen – und zwar sehr viel deutlicher als letztes Mal!

Das kann ich natürlich nicht alleine – dafür benötige ich Eure Unterstützung. Ich weiß, dass ich auf diese Unterstützung zählen kann. Denn ihr wart auch in den letzten drei Jahren an meiner Seite. Wir sind in der Stadt und in den Landkreiskommunen gemeinsam für sozialdemokratische Positionen eingetreten, haben uns gegenseitig unterstützt, zusammen Veranstaltungen gemacht und auch gemeinsam gefeiert.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr wisst alle, dass mir der Kontakt zu den Menschen hier in der Region besonders wichtig ist. Demokratie braucht den Diskurs und für Debatten braucht man Gelegenheiten. Deshalb habe ich in den letzten drei Jahren neben meiner jährlichen Sommerwanderung auch noch Tagesausflüge angeboten. Auch von Euch waren einige dabei bei den Busfahrten nach Heidelberg und Mainz und in diesem Sommer gemeinsam mit der IG Metall nach Kassel zum Bundessozialgericht. Diese Touren geben die Möglichkeit, locker miteinander ins Gespräch zu kommen. Meine Umfragen im Bus haben es bestätigt: Etwa ein Drittel der Mitfahrer hatte vorher noch keinen Kontakt zur SPD oder zu mir. Auch zu den jährlichen Wanderungen finden sich immer viele Mitläufer ein, die nicht zu Parteiveranstaltungen kommen würden. Wenigstens erst mal nicht – ist der Kontakt dann da, wurden Themen angesprochen,

habe ich einige auch bei Diskussionsabenden wiedergesehen. Den größten Erfolg – was die reine Zahl anbelangt – hatte ich im Juli mit der Wanderung in Pfungstadt. Zur Besichtigung der wildwachsenden Orchideen im Wald und des Gestüts Prinzenberg kamen gut 80 Personen. Sicherlich auch motiviert (oder gar vor allem?) durch die Einladung von Bürgermeister Horst Baier, zum Abschluss zu Brezeln und Wein in seinen Garten zu kommen. Lieber Horst, Dir nochmals lieben Dank!

Anrede,

Diskurs braucht Wissen – und deshalb schicke ich in jeder Sitzungswoche einen Brief aus Berlin, um über aktuelle Themen genauer zu informieren – derzeit an ca. 1.000 Abonnenten. Mit 169 Pressemitteilungen habe ich meine und unsere Öffentlichkeitsarbeit unterstützt – nicht immer wurden sie auch gedruckt ...

Die Bürgersprechstunden sind ein fester Bestandteil in meinem Kalender. Seit dieser Legislatur biete ich sie auch regelmäßig in den Landkreiskommunen an. Bis heute waren es in den letzten drei Jahren 34 Bürgersprechstunden, die überwiegend gut besucht waren und thematisch von der Euro-Krise bis hin zum individuellen Rentenbescheid reichten.

Anrede,

die Veranstaltungen, die ich selber organisiert habe, decken sehr viele Themenbereiche ab: Über Gesundheit, Pflege, Wohnen, Ehrenamt, Sport und Vereine und demografischem Wandel bis hin zu Afghanistan gab es viele, gut besuchte Veranstaltungen in Darmstadt und im Landkreis. Mit den Betriebsräten der Firmen im Wahlkreis habe ich zweimal bei Betriebsrätekonferenzen diskutiert – und auch bei zahlreichen Betriebsbesuchen das Gespräch mit ihnen gesucht und gefunden.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Wahlkreisarbeit sind die Schulen. Denn, Genossinnen und Genossen, Demokratie wird nicht vererbt! Jede Generation muss die Vorteile eines demokratischen Systems immer wieder neu erfahren und erlernen – denn Demokratie ist ja auch durchaus mühsam. Wann immer es möglich zu machen ist, diskutiere ich mit Schülerinnen und Schülern bei ihren Fahrten in Berlin. Aber auch hier im Wahlkreis besuche ich oft Schulen zu Diskussionen. Manchmal

auch in Begleitung: Zum Beispiel gemeinsam mit Bernhard Schlink, Gesine Schwan oder Joachim Gauck – noch ehe er Bundespräsident wurde.

Mit den Veranstaltungen der Ortsvereine oder der AG 60plus, den Jusos, der AfA, der AsF oder der AsJ sind es seit der letzten Bundestagswahl 400 Termine, die ich in Darmstadt und im Landkreis wahrgenommen habe. So sagt es die Statistik, die Katrin Kosub in meinem Büro geführt hat.

Apropos: Katrin Kosub hat jetzt zum zweiten Mal die Wahlkreis-Konferenz vorbereitet, sie ist seit 2005 Büroleiterin in meinem Darmstädter Büro. Sieben Jahre sind eine lange Zeit – und Katrin hat sich deshalb dafür entschieden, eine neue Herausforderung anzunehmen. Sie verlässt mein Büro mit dem Ende dieses Monats und ich möchte es nicht versäumen, ihr auch von dieser Stelle ganz herzlich für ihre Arbeit in den letzten sieben Jahren zu danken. (Sie ist nicht hier, weil sie in der DADINA-Verbandsversammlung über die Straßenbahn von Roßdorf nach Darmstadt diskutiert.)

Von der Stadt in den Landkreis: Nachfolgerin von Katrin Kosub wird Catrin Geier (ihr seht also, liebe Genossinnen und Genossen, ihr müsst Euch mit der Katrin phonetisch nicht umgewöhnen, sie wird nur anders geschrieben).

In Berlin werden wir ab Jahresanfang wieder die vertraute Situation haben. Der Sohn von Christina Reith ist dann ein Jahr alt und gibt Mama teilweise frei.

Anrede,

wir hier in der Region sind gut aufgestellt für die Wahlen 2013 und auch unsere Bundespartei arbeitet mit Macht an ihrer Positionierung. Wir wissen zwar noch nicht, wann genau gewählt wird und wir wissen auch noch nicht, nach welchem Wahlrecht – die vorausschauende Organisationsfähigkeit dieser Bundesregierung lässt grüßen. Bei uns heißt der Kanzlerkandidat noch Frank-Walter-Gabriel-Brück – ich bin mir allerdings ziemlich sicher, dass er noch dieses Jahr Frank-Walter Steinmeier heißen wird. Die Debatte über unseren Kanzlerkandidaten wird zwar oft kritisiert, sie zeigt jedoch, dass wir im Gegensatz zur CDU mehrere Leute haben, die das Zeug zum Kanzler haben. Bei der CDU hingegen gibt es nur noch Angela Merkel, die mit ihren positiven Umfragewerten die ganze Partei über Wasser hält.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
ich weiß, wie Regieren ist und ich weiß, wie sich Opposition anfühlt. Franz Müntefering hat Recht, wenn er sagt, „Opposition ist Mist“! Und deshalb müssen wir sehen, dass wir nächstes Jahr wieder die Regierung stellen und ich verrate ja kein Geheimnis, wenn ich Euch sage: Ich möchte ein rot-grünes Bündnis im Bund! Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Bundestagsfraktion Anfang letzten Jahres einen Arbeitsprozess begonnen, der unter dem Titel „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ lief und der letztes Wochenende mit einem großen zweitägigen Kongress in Berlin eine Zwischenbilanz gezogen hat.

Dort war auch Thema, dass uns beim Nachdenken über die Zukunft oft die Zuversicht abhanden gekommen ist, dass Zukunftspläne immer stärker von Zukunftsängsten begleitet werden. In Zeiten, in denen irrationale Finanzmärkte krisenhafte Entwicklungen noch verstärken, ist das auch verständlich. Ich glaube, gerade in dieser globalisierten Welt gibt es ein großes Bedürfnis nach Sicherheit. Wir alle wollen in Sicherheit leben und mit Zuversicht in die Zukunft sehen. Das heißt, wir wollen die Sicherheit, dass unser Geld und unser Erspartes auch morgen noch etwas wert ist. Deshalb haben wir Sozialdemokraten als überzeugte Europäer dem dauerhaften Rettungsschirm ESM und dem Fiskalpakt zugestimmt. Wir stehen für verbindliche europäische Regeln und solidarische Krisenmechanismen. Das heißt nicht, dass wir die Politik dieser Bundesregierung vorbehaltlos billigen, sondern es heißt, dass wir uns auf unsere Weise und mit unseren Möglichkeiten als Oppositionsfraktion dafür eingesetzt haben, das Beste daraus zu machen. Und das hieß hier ganz konkret: Wir haben in den Verhandlungen mit der Regierung die Einführung der Finanztransaktionssteuer durchgesetzt, damit auch diejenigen, die die Krise mit verursacht haben, an den Kosten beteiligt werden. Auch wenn nicht sofort alle Mitgliedstaaten mitmachen werden, soll der Gesetzgebungsprozess zur Finanztransaktionssteuer bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Frankreich hat ja auch gerade vorgemacht, wie man den Weg allein beschreiten kann. Es geht also!

Weiter haben wir erreicht, dass sich die Bundesregierung in Brüssel für einen Wachstums- und einen Beschäftigungspakt einsetzt. Ganz wichtig war uns dabei, dass endlich etwas gegen die beschämend hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Staaten unternommen wird.

Und als dritten Baustein haben wir durchgesetzt, dass die europäische Investitionsbank mit mehr Kapital ausgestattet wird, um Projekte anzuschieben. Das ist wichtig, denn ein Land kann sich nicht aus der Rezession herausparen. Neben Haushaltsdisziplin brauchen die notleidenden Staaten Impulse für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung. Nur dann kommt wieder Geld in die Staatskasse, mit dem die Schulden abgebaut werden können. Wir haben hier in Deutschland gesehen, wie es geht. In der Finanzkrise haben wir Konjunkturprogramme aufgelegt (Energetische Sanierung, Abwrackprämie) und Deutschland so wieder fit gemacht.

An den verschiedenen Maßnahmen zur Sanierung Europas gab es immer wieder massive Kritik und auch Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht. Das ist gut, richtig und entspricht unserem Rechtsstaat – mich hat gefreut, dass die Karlsruher Richterinnen und Richter im Grundsatz dem Vorgehen des Bundestages zustimmen und in allen Entscheidungen die Rechte von uns Abgeordneten bei der Beteiligung gestärkt haben. Klar ist jetzt: Der Bundestag ist ohne Wenn und Aber in europäischen Angelegenheiten zu informieren und zu beteiligen und wir werden unsere Beteiligungsrechte auch umfassend wahrnehmen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
die Frage der Sicherheit des Geldes im Alter ist gerade in den letzten Wochen intensiv diskutiert worden. Die Entwicklung der Rente hat zu tun mit der demografischen Entwicklung – ein Thema, mit dem wir uns hier im Landkreis und in Darmstadt schon länger beschäftigen. Im Landkreis gab es kürzlich sogar einen ganzen Parteitag dazu. In vielen Regionen Deutschlands führt diese demografische Entwicklung zu einer zurückgehenden Bevölkerung und stellt die Kommunen deshalb vor besondere Aufgaben. Hier bei uns in der Region ist das anders: Wir sind eine Wachstumsregion – Darmstadt und der Landkreis profitieren von der günstigen Lage im Rhein-Main-Neckar-Gebiet. Im Hinblick auf die Rente allerdings sind unsere Probleme genauso wie in den Regionen, die einen erheblichen Rückgang der Bevölkerung haben. Der Kern des demografischen Problems liegt nämlich in der doppelten Alterung: Niedrige Geburtenraten einerseits, steigende Lebenserwartung andererseits. Deutschlands Einwohnerzahl wird in den nächsten vierzig Jahren von 81 Millionen auf 70 Millionen zurückgehen – und die Zahl der Personen im

erwerbsfähigen Alter wird um 30 Prozent abnehmen. Wir haben auf diese Situation bereits reagiert. Seit diesem Jahr gilt die schrittweise Anhebung der Altersgrenze für das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre. In 17 Jahren – ab dem Geburtsjahrgang 1964 – heißt es dann für alle: Rente erst ab 67. Gleichzeitig wird nach dem Gesetzestext das Rentenniveau abgesenkt – ab 2030 beträgt es nur noch 43%. Das heißt gleichzeitig, dass man immer länger arbeiten muss, um im Alter eine Rente oberhalb der staatlichen Mindestsicherung zu bekommen.

Unsere Partei hat auf ihrem letzten Parteitag beschlossen, dass es die Rente mit 67 erst geben darf, wenn 50% der Menschen in diesem Alter auch tatsächlich Arbeit haben. Denn das ist es ja – trotz schon bestehenden Fachkräftemangels finden viel zu wenig Menschen ab 55 tatsächlich noch Arbeit! Das muss sich ändern, da muss es gemeinsame Anstrengungen geben und ich meine auch, dass wir an diesem Beschluss festhalten müssen.

Aber wir müssen die Rentendebatte verkoppeln mit unseren Forderungen nach guter Arbeit. Denn die Hauptursache für das Risiko von Altersarmut ist doch der wachsende Sektor von niedrigen Löhnen und prekären Beschäftigungsverhältnissen. Das Risiko von Altersarmut wird auch erhöht durch die Zunahme unsteter Erwerbsbiographien, die auch Folge sind einer gestiegenen Anzahl geringverdienender und nicht abgesicherter Selbstständiger. Und es ist auch noch immer so, Genossinnen und Genossen, dass Frauen eine eigenständige und ausreichende Alterssicherung schwerer erreichen können als Männer. An all diese Punkte müssen wir ran und das heißt zunächst: Bessere Beschäftigungschancen, ordentliche Arbeitsverhältnisse und faire Bezahlung sind die wichtigsten Voraussetzungen im Kampf gegen Altersarmut. Dies gilt gerade für Frauen, die besonders betroffen sind von Erwerbs- und Altersarmut.

Anrede,

bis zum Jahre 2020 wollen wir es geschafft haben, die Zukunftschancen von der sozialen Herkunft abzulösen. Dass die letzte OECD-Studie wieder bewiesen hat, dass gerade in Deutschland die Herkunft die Schulbildung bestimmt, ist kaum zu glauben. Wir müssen es endlich schaffen, dass jedes Kind, gleich welcher Herkunft, gleich wo es lebt und gleich welche Schulform es besucht, auf eine gute Ganztagschule gehen kann. Wir müssen es schaffen, dass das Vertrauen in das

Bildungsversprechen zurückkehrt. Dafür müssen die Zahlen der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher zurückgehen und die berufliche Ausbildung gestärkt werden. Was wir aber vor allen Dingen brauchen, um gute Bildung für alle zu garantieren, sind hochwertige Kindertagesplätze in ausreichender Zahl, die allen sozialen Schichten zur Verfügung stehen. Was macht einen guten, hochwertigen Kindertagesplatz aus? Das sind vor allem gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher, die für ihre anspruchsvolle Arbeit angemessen entlohnt werden müssen. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen – und nicht Millionen und Abermillionen vorsehen für ein völlig unsinniges Betreuungsgeld. Die Vorstellung, dass Menschen in Deutschland Geld dafür bekommen, dass sie öffentliche Einrichtungen nicht in Anspruch nehmen, ist völlig widersinnig. Wir zahlen auch nicht an die, die nicht ins Schwimmbad gehen oder statt der Straßenbahn das Auto nehmen. Der geballte Protest aller gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland leuchtet also total ein: Die Wirtschaft, die Gewerkschaften, Sozialverbände und viele andere sind gegen das unsinnige Betreuungsgeld. Dafür ist allein die CSU, und zwar weil sie glaubt, mit diesem Thema den Wahlkampf im nächsten Jahr in Bayern gewinnen zu können. Wir Sozialdemokraten haben immer gesagt: Statt individuell Geld zu verteilen, sollten besser die Betreuungseinrichtungen gestärkt werden, sollten mehr Menschen eingestellt werden, die Familien helfen können, Kinder und Berufstätigkeit unter einen Hut zu bringen.

Forderungen nach besserer Betreuung und Ausbildung müssen mit Geld unterlegt werden – und als ich heute Morgen die Nachrichten hörte, gab es dazu mal wieder lustige Neuigkeiten vom Vizekanzler (ja, es ist Herr Rösler). Der hat nämlich den Entwurf des neuesten Armuts- und Reichtumsberichts widersprochen, den wir dieser Tage zur Kenntnis genommen haben. Das Fazit des Berichts: Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander und die Reichen werden immer reicher.

Wir Sozialdemokraten fordern deshalb eine höhere Steuer (49%) auf ein Jahreseinkommen ab 100.000 Euro und eine Vermögenssteuer.

Selbst Frau von der Leyen schlägt höhere Steuern für sehr gut Verdienende in diesem Bericht vor. Aber die FDP: Sie widerspricht – höhere Steuern gibt es nicht! Das ist falsch und genau die Politik, die die FDP von 14 auf 4% geführt hat!

Anrede,

bei unserem Zukunftskongress am letzten Wochenende haben wir uns auch mit der Frage beschäftigt, wie die Energiewende besser gestaltet werden kann. Die Bundesregierung bekommt die Energiewende ja nicht in den Griff. Und sie tut einfach zu wenig dafür, dass Energie für die Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbar bleibt. Weder kommt der Netzausbau voran, noch wird an der Steigerung der Energieeffizienz gearbeitet. Und erst recht gibt es keine Konzepte gegen soziale Verwerfungen durch steigende Energiepreise. Diese Regierung handelt auch hier unverantwortlich. Und es wird höchste Zeit, dass Stromerzeugung, Stromtransport und Stromverbrauch in einem intelligenten Markt optimal aufeinander abgestimmt sind.

Genossinnen und Genossen,

ich könnte noch viele Themen anführen, die derzeit auf Bundesebene aktuell sind und die selbstverständlich auch hier in Darmstadt und im Landkreis Darmstadt-Dieburg diskutiert werden. Lasst uns gemeinsam mit den Menschen hier vor Ort das Gespräch darüber suchen, wie Deutschland im Jahr 2020 aussehen soll. Wir wissen, wir wollen ein lebenswertes, gerechtes und wirtschaftlich-modernes Land mit einer selbstbewussten Demokratie. Ein solches Land braucht das Mitmachen aller Bürgerinnen und Bürger und darum wollen wir uns bemühen. Deshalb gibt es jetzt das Projekt Zukunft, in dem wir den offenen Austausch mit Interessierten aus allen gesellschaftlichen Bereichen suchen. Und am Montag startet die Initiative der Partei – der „Bürger-Dialog“. Telefonisch, per Post oder E-Mail und auf den Marktplätzen werden wir Wünsche und Forderungen sammeln – Ideen und Anregungen für ein Regierungsprogramm, das die Lebensrealitäten und die Zukunftswünsche von möglichst vielen Menschen in unserem Land spiegelt. Nächsten Monat bei unserem Familienfest in Darmstadt werden wir zum Beispiel die Gelegenheit haben, mit den Menschen über unsere Vorstellungen zu diskutieren und ihre Meinung zu hören.

So arbeiten wir gemeinsam an unserem Regierungsprogramm für 2013 – und so gehen wir in den Wahlkampf. Heute ist der Anfang und es geht weiter bis zum Wahltag im nächsten Jahr, damit wir dann um 18 Uhr am Wahltag sagen können: „Wow, es hat gereicht – und jetzt kann es losgehen.“